

Bekanntmachung

Vollzug der Wassergesetze (WHG, BayWG);
Einleiten von Niederschlagswasser aus dem WA Rohrwiese in den Haselbach durch die
Gemeinde Tiefenbach

1. Sachverhalt bzw. Vorhaben

Die Gemeinde Tiefenbach beantragt eine gehobene Erlaubnis für das Einleiten von Niederschlagswasser aus dem WA Rohrwiese in den Haselbach

Nach den Antragsunterlagen ergeben sich folgende Einleitungen:

Bezeichnung der Einleitung	Benutztes Gewässer	Einleitungsstelle
Einleitungsstelle WA Rohrwiese	Haselbach (Fl.Nr. 129, Gmkg Haselbach)	Fl.Nr. 179/1, Gmkg. Haselbach

Die Details der Planung ergeben sich auch den eingereichten Planunterlagen.

2. Auslegung

Die Planunterlagen für das Vorhaben liegen gemäß Art. 83 Abs. 2 des Bayer. Wassergesetzes (BayWG) i. V. m. Art. 73 Abs. 3 des Bayer. Verwaltungsverfahrensgesetzes (BayVwVfG)

1 Monat in der Zeit vom

15.05.2024 bis 14.06.2024

in der Gemeindeverwaltung Tiefenbach, Pilgrimstr. 2 , 94113 Tiefenbach

während der Dienststunden zur allgemeinen Einsichtnahme aus.

Die Planunterlagen/Antragsunterlagen können auch digital unter www.landkreis-passau.de unter der Rubrik Bekanntmachungen „Wasserrecht“ eingesehen werden.

Maßgeblich sind aber der Inhalt der amtlichen Bekanntmachung und die zur Einsicht ausgelegten Unterlagen in Papierform.

3. Einwendungsvorschriften

Jeder, dessen Belange durch das Vorhaben berührt werden, kann bis spätestens zwei Wochen nach Ablauf der Auslegungsfrist (= bis 28.06.2024) schriftlich oder zur Niederschrift beim Landratsamt Passau, Domplatz 11, 94032 Passau, Zimmer 3.11, oder bei der Gemeindeverwaltung Tiefenbach Einwendungen gegen das Vorhaben erheben.

Mit Ablauf der Einwendungsfrist sind alle Einwendungen ausgeschlossen, die nicht auf besonderen privatrechtlichen Titeln beruhen.

4. Erörterungstermin

Sofern Einwendungen erhoben werden, findet ein Erörterungstermin statt, der mindestens eine Woche vorher ortsüblich bekannt gemacht wird.

Diejenigen, die Einwendungen erhoben haben, werden von dem Erörterungstermin schriftlich benachrichtigt.

Bei Ausbleiben eines Beteiligten in dem Erörterungstermin kann auch ohne ihn verhandelt werden.

Bei mehr als 50 Einwendungen findet die Benachrichtigung über den Erörterungstermin und über die Entscheidung hinsichtlich der Einwendungen durch öffentliche Bekanntmachung statt.

(Unterschrift)